

## Beschluss

Transformation als Standortvorteil: auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie und zur Energieunabhängigkeit

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 30.04.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Transformation als Standortvorteil: Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie

## Antragstext

1 Für die deutsche und europäische Industrie ist die Überwindung der Abhängigkeit  
2 von Kohle und Öl, von Gas und Uran die entscheidende Zukunftsfrage. Sie zu  
3 beantworten, ist angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise und des russischen  
4 Angriffskrieges gegen die Ukraine dringlicher denn je. Wladimir Putin hat die  
5 globalisierte Welt in ihrer bisherigen Form ins Wanken gebracht und alte  
6 Gewissheiten in Frage gestellt. Was bedeutet also internationale Friedens- und  
7 Wirtschaftspolitik nach dem 24. Februar 2022?

8 Klar ist: Wir müssen uns auf eine neue friedens- und sicherheitspolitische sowie  
9 außenwirtschaftliche Situation in Europa und der Welt einstellen. Es geht jetzt  
10 um den kompletten ökonomischen Bruch mit Putins Russland. Im Falle von Russland  
11 hat der Ansatz Wandel durch Handel zu einer gefährlichen Abhängigkeit geführt.  
12 Das Geschäftsmodell basierend auf billigen russischen Fossilen auf Kosten  
13 Dritter ist gescheitert. Gerade deshalb ist eine resiliente Wirtschaft so  
14 wichtig – und auch von herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung. Die  
15 Auswirkungen des Krieges sind ein Weckruf; sie haben uns unsere Abhängigkeiten  
16 von fossilen Energieträgern deutlich vor Augen geführt und erfordern dringend  
17 die nochmalige Beschleunigung der nachhaltigen Transformation unseres  
18 Energiesystems und unserer Wirtschaft.

19 Doch auch die weiteren großen Herausforderungen unserer Zeit sind durch den  
20 Krieg nicht angehalten worden. Vielmehr haben sie sich wegen der  
21 energiepolitisch volatilen Situation, wegen drohender kurz- bis mittelfristiger  
22 Ausfälle etwa von Erdgas als Rohstoff und Energieträger noch einmal dynamisiert.  
23 Im Kern bedeutet die aktuelle geopolitische Lage, dass wir die Transformation  
24 zur klimaneutralen Produktion mit noch größerem Handlungsdruck und mit noch  
25 schnellerem Tempo vorantreiben müssen. Für uns steht fest: Wer die  
26 Transformation bremst, beschleunigt die die Krise.

27 Der letzte Bericht des Weltklimarats zeigt, dass die Weltgemeinschaft immer  
28 tiefer in die Klimakrise zu rutschen droht. Wenn es uns als Menschheit nicht  
29 gelingt, das Ruder herumzureißen, wird sich die Erde zum Ende dieses  
30 Jahrhunderts nach aktuellem Verlauf um 3,2 Grad Celsius erwärmen – ein Szenario  
31 mit katastrophalen Auswirkungen. Es gilt jetzt, so schnell wie möglich den Weg  
32 hin zur Klimaneutralität zu beschreiten und die Erneuerbaren Energien konsequent  
33 auszubauen.

34 Die industrielle Basis wird bei alledem auch in Zukunft das Rückgrat einer  
35 starken, resilienten und innovativen Volkswirtschaft sein. Das bedeutet im  
36 Umkehrschluss: Wenn wir nun endlich mit dieser Transformation beginnen und  
37 sofort auf den Pariser Klimapfad zur Eindämmung der Erderwärmung auf 1.5°C  
38 einschwenken, ist das eine große Chance für das Bestehen im internationalen  
39 Wettbewerb um die Technologien von morgen. Nur so sichern wir den klimagerechten  
40 Wohlstand.

41 Klimakrise und Coronapandemie, Biodiversitätskrise und Krieg in Europa: Die  
42 Gleichzeitigkeit der aktuellen Krisen fordert die Unternehmen, die  
43 Arbeitnehmer\*innen und das ganze Land – im Verbund mit unseren europäischen  
44 Partnern – auf nicht geahnte Weise. Wir setzen alles daran, Wertschöpfung und  
45 gute Arbeitsplätze in dieser schwierigen Zeit zu erhalten. Und wir werden in der  
46 Krise die strukturellen Veränderungen angehen, um gestärkt zu sein für die  
47 kommenden Jahrzehnte. In einer Allianz aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
48 werden wir die wirtschaftlichen Weichen neu stellen. Dafür setzen wir auf eine  
49 aktive und nachhaltige Industriepolitik, die bei Klimaschutz und Digitalisierung  
50 vorangeht, unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärkt – und die  
51 planetaren Grenzen respektiert.

52 Wir setzen uns ambitionierte Ziele: Nordrhein-Westfalen als Kernland vieler  
53 energieintensiver Grundstoffindustrien, die bislang auf fossiler Basis und damit  
54 mit hohen Treibhausgasemissionen produzieren, kann mit uns Grünen die erste CO<sub>2</sub>-  
55 freie Industrieregion Europas werden. Auf Bundesebene richtet die  
56 Bundesregierung die Politik bereits konsequent auf das Ziel der Klimaneutralität  
57 aus. Jetzt braucht es auch in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung, die  
58 mitzieht.

59 Wir haben Schleswig-Holstein in den letzten beiden Legislaturperioden zum  
60 absoluten Vorreiter der Energiewende gemacht. Schon heute machen die  
61 Erneuerbaren Energien dort über 160% der Stromversorgung aus. Viele Unternehmen  
62 arbeiten gerade daran, sich auf dieser Grundlage unabhängig von fossilen  
63 Energien zu machen. Aus dem Klimaschutzprojekt Energiewende ist ein  
64 Wirtschaftsbooster, aus den Erneuerbaren Energien ein Standortvorteil geworden.  
65 Den gilt es, besonders in den nächsten 5 Jahren auszubauen. Wir kämpfen darum,  
66 dass dieser Weg in Schleswig-Holstein unter grüner Führung weiter beschritten  
67 werden kann; auch weil wir Schleswig-Holstein von Länderseite als  
68 energiepolitischen Impulsgeber auf Bundesebene benötigen.

### 69 **Klimaschutz schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit**

70 Die Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral sein – in der Region, in  
71 Europa und weltweit. Für ein exportorientiertes Land ist es deshalb besonders  
72 wichtig, früh und konsequent diesen Weg zu gehen und die Lösungen für eine  
73 klimaneutrale Gesellschaft zu entwickeln, um auf dem internationalen Markt  
74 weiterhin standhalten zu können. Auch unsere Bundesländer können international  
75 Vorbilder sein, Nordrhein-Westfalen etwa als Vorreiter einer klimaneutralen  
76 Industrie. Global muss Deutschland ein Zeichen setzen: Klimaneutraler Wohlstand  
77 ist möglich. Diese Chancen gilt es, zu ergreifen, denn wer zaudert und zögert,  
78 riskiert, den Anschluss zu verlieren.

79 Insbesondere die Grundstoffindustrien Stahl, Chemie und Zement sind auf große  
80 Mengen Energie angewiesen. Als Industriezweig mit den höchsten  
81 Treibhausgasemissionen produzieren sie zugleich Grundstoffe, die entscheidend  
82 sind für viele weitere wichtige Branchen mit hoher Wertschöpfung – von der

83 Automobilindustrie über den Maschinenbau bis hin zur Bauindustrie. Die  
84 Transformation dieser Branchen ist fundamental für das Erreichen der Klimaziele  
85 und die Schaffung klimagerechten Wohlstands. Auch mit Blick auf einen möglichen  
86 sofortigen Wegfall russischer Gasimporte treten wir in einen strategischen  
87 Dialog mit der energieintensiven Industrie zur Umstellung und Flexibilisierung  
88 von Produkten, Produktionsprozessen und Wärmebereitstellung. So kann die  
89 notwendige „gesicherte Leistung“ schnell signifikant gesenkt werden und der  
90 Energiebezug flexibel an die Erneuerbare Erzeugung angepaßt werden.

91 Wir sehen, dass sich die grüne Wende auf dem Finanzmarkt (Sustainable Finance)  
92 auch immer stärker in Investitionsentscheidungen vor Ort niederschlägt und diese  
93 an die Nachhaltigkeit von Produktionsweisen, Geschäftsmodellen oder der  
94 Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien gekoppelt werden. So hat etwa der  
95 Halbleiterhersteller Intel seine Standortentscheidung mit einem  
96 Investitionsvolumen von 17 Mrd. Euro und 3000 neuen Arbeitsplätzen explizit  
97 wegen seiner Nachhaltigkeitsziele von der Verfügbarkeit von grünem Strom  
98 abhängig gemacht, genauso wie Tesla seine Standortwahl in Brandenburg mit bis zu  
99 12000 Mitarbeitenden mit der Verfügbarkeit sauberer Energie begründet.

100 Vor diesem Hintergrund stehen wir für eine Politik, die fordert, führt und  
101 verlässlich steuert. Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern  
102 weil die Wirtschaft klare Verhältnisse und verlässliche politische  
103 Rahmenbedingungen braucht. Wir machen Politik, die den Wandel unterstützt, statt  
104 ihn zu behindern oder zu verschieben. Nur so haben Unternehmen  
105 Planungssicherheit, richten ihre Produktion und Dienstleistungen auf  
106 Klimaneutralität aus – und investieren in klimaneutrale Geschäftsmodelle und  
107 Prozesse.

108 Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende  
109 neue Jobs entstehen – sogenannte Green Jobs. Gleichzeitig ist die ökologische  
110 Transformation für viele Menschen und Unternehmen eine große Herausforderung.  
111 Dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern, werden wir Unternehmen und  
112 Beschäftigte auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem  
113 unterstützen und ihnen zur Seite stehen. Mit einer Überarbeitung der  
114 Fachkräftestrategie werden wir dafür sorgen, dass die Potentiale von  
115 Weiterbildung und Umschulungen stärker genutzt werden. Wir wollen zudem die  
116 Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Erwerbspersonen sowie Menschen mit  
117 Behinderung weiter verbessern. Auch Arbeitskräftezuwanderung soll leichter  
118 möglich werden.

119 Dabei sind Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung zentral. Sie  
120 sind unerlässlich für einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, für gute  
121 Arbeit für alle. Deswegen wollen wir die betriebliche Mitbestimmung – gerade  
122 auch dort, wo sie noch nicht so stark ausgeprägt ist – stärken und  
123 Umgehungsmöglichkeiten verhindern. Noch in der laufenden Legislaturperiode  
124 schaffen wir auf Bundesebene ein Tariftreuegesetz und erarbeiten weitere  
125 Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung.

#### 126 **Europäische Zusammenarbeit für erfolgreiche Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion**

127 Mit dem Abbau von Hürden bei der Nutzung von selbst erzeugtem erneuerbarem Strom  
128 und einem zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die  
129 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for  
130 Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den  
131 tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für

132 Investitionssicherheit. Diese federn das Investitionsrisiko für die Unternehmen  
133 ab und regen sie an, Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. In der  
134 Ampel-Koalition geben wir den Unternehmen durch die Erhöhung der Haushaltsmittel  
135 für diese Klimaverträge nun endlich die politische und finanzielle  
136 Verbindlichkeit, die lange fehlte – und deren Abwesenheit privatwirtschaftliche  
137 Investitionen ausgebremst hat. Gleichzeitig schaffen wir durch Mindestquoten in  
138 der öffentlichen Beschaffung sichere Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte.

139 Für bestimmte Produkte mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen, bei denen die europäischen  
140 Herstellerunternehmen im globalen Wettbewerb stehen, soll es auf EU-Ebene einen  
141 wirksamen Grenzausgleich für steigende CO<sub>2</sub>-Kosten geben. So erhalten wir die  
142 Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auch im Transformationsprozess.  
143 Entsprechende CO<sub>2</sub>-intensive Produkte, die aus Regionen ohne äquivalente CO<sub>2</sub>-  
144 Bepreisung kommen, sollen beim Import nach Europa einen dem europäischen  
145 Emissionshandel entsprechenden Beitrag leisten. So wird für einen fairen  
146 Ausgleich im internationalen Handel gesorgt, Klimadumping verhindert und Anreize  
147 gesetzt, auch in anderen Weltregionen wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu  
148 ergreifen.

149 Wir unterstützen daher grundsätzlich den Vorschlag der EU-Kommission und des  
150 Rates, ein Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) als  
151 wirksames Schutzinstrument vor Emissionsverlagerung (Carbon Leakage) einzuführen  
152 und das bisherige System freier Zuteilungen im ETS zu ersetzen.

153 Wir werden den weiteren Gesetzgebungsprozess konstruktiv begleiten, damit der  
154 Grenzausgleich WTO-konform ausgestaltet wird, Exporte aus der EU berücksichtigt,  
155 die notwendigen Anreize zur Transformation setzt und dabei gleichzeitig einen  
156 fairen Wettbewerb auf den internationalen Märkten sicherstellt.

157 Ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus wird umso stärker, je mehr Länder sich  
158 beteiligen. Wir streben deshalb eine Zusammenarbeit mit internationalen Partnern  
159 beim Grenzausgleich an, mit der Vision, langfristig einen großen Handelsraum für  
160 klimaneutrale Produkte zu schaffen.

161 Die industrielle Revolution der Dekarbonisierung muss europäisch zum  
162 Erfolgsmodell werden. Wenn Deutschland allein seine Industrie modernisiert, wird  
163 langfristig der Unterschied in der Wettbewerbsfähigkeit einzelner  
164 Mitgliedsstaaten zu groß – und damit zur Gefahr für den gemeinsamen Binnenmarkt  
165 und die Europäische Union. Deswegen soll es auch auf europäischer Ebene einen  
166 Rahmen für Klimaverträge geben. Bessere Marktbedingungen und damit  
167 Investitionssicherheit wollen wir durch gemeinsame Standards erreichen, zum  
168 Beispiel durch ein Label für klimaneutrale Produkte und klare Vorgaben in der  
169 europäischen Ökodesign-Richtlinie.

170 Für eine grüne Transformation der Industrie brauchen wir eine gesicherte  
171 Versorgung mit (kritischen) Rohstoffen und strategischen Gütern wie etwa  
172 Halbleitern, damit etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingen kann.  
173 Dafür wird eine genuine EU- Strategie benötigt, die auf Kreislaufwirtschaft,  
174 Diversifikation von Handelspartnern und starken Investitionen in Forschung und  
175 Entwicklung basiert. Der von der Kommission vorgeschlagene Chips Act bietet sich  
176 als ein möglicher Ansatzpunkt an.

#### 177 **Energieunabhängigkeit mit Erneuerbaren, Effizienz und Einsparungen**

178 Die Sicherheit der Energieversorgung ist essentiell für die Zukunftsfähigkeit  
179 der Industrie. Der wichtigste Schlüssel dazu ist der schnellere Ausbau der

180 Erneuerbaren Energien, das Ende unserer Abhängigkeit von russischen  
181 Energiequellen und der Komplettausstieg von fossilen Energieträgern. Wir wollen  
182 bis 2035 zu 100% Erneuerbare Energien. Nur so kann die Importabhängigkeit von  
183 fossilen Rohstoffen überwunden und Energiesicherheit erreicht werden. Wir haben  
184 in der Bundesregierung mit dem Osterpaket ein Ausbauprogramm für die  
185 Erneuerbaren Energien inklusive der Beschleunigung von Planungsprozessen auf den  
186 Weg gebracht, das es seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 so noch nicht  
187 gegeben hat.

188 Wir übernehmen Verantwortung für die Versorgungssicherheit. Dabei kann sich der  
189 Bund auf die Unterstützung von Schleswig-Holstein verlassen, das einen deutlich  
190 höheren Anteil Erneuerbarer Energien bereitstellt, als es dessen Anteil an der  
191 Bundesfläche entspricht, und mindestens 10% der bundesweit an Land  
192 erforderlichen Strommenge aus Erneuerbaren Energien erzeugen will. Dafür wollen  
193 wir erreichen, dass das Land künftig 3% seiner Fläche für die Windenergie an  
194 Land zur Verfügung stellt.

195 Genauso verstärken wir bundesweit die Anstrengungen zum Energiesparen und zur  
196 Erhöhung der Energieeffizienz drastisch. Die Zeiten von billigem, pipeline-  
197 gebundenem russischem Gas sind unwiderruflich vorbei. Nichts, auch nicht grüner  
198 Wasserstoff, wird Kohle, Öl und insbesondere Gas eins zu eins ersetzen. Mit dem  
199 zweiten Entlastungspaket wurden zur Erhöhung der Energieeffizienz wichtige  
200 Weichen im Gebäudesektor gestellt. So gilt ab 2023 im Neubau der  
201 Effizienzstandard 55; ab 2024 muss jede neue Heizung mit 65% Erneuerbaren  
202 Energien betrieben werden. Kurzfristig wollen wir zudem durch eine breit  
203 getragene Energiesparkampagne im Bestand mit einfachen Maßnahmen Wärmebedarfe  
204 verringern.

205  
206 Die Beschleunigung der Energiewende ist dabei auch eine Frage der nationalen und  
207 europäischen Sicherheit. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Aufbau von  
208 Infrastrukturen für die verlässliche Energie- und Rohstoffversorgung der Zukunft  
209 ist von überragendem öffentlichem Interesse. In der Bundesregierung arbeiten wir  
210 intensiv daran, das Tempo etwa über die Beschleunigung von Planungs- und  
211 Genehmigungsverfahren weiter zu erhöhen und entwickeln eine Speicherstrategie.  
212 Kurzfristig können wir Wind- und Solarstrom mehr nutzen, indem wir die  
213 Voraussetzungen dafür schaffen, dass er weniger häufig abgeregelt wird. Das  
214 stärkt zugleich Bürger\*innenenergie, Mieter\*innenstrom und EnergySharing auf  
215 Basis von Erneuerbaren.

216 Neben guten Rahmenbedingungen für die Windkraftindustrie wollen wir die  
217 Photovoltaik-Produktion in Europa wieder neu ansiedeln. Es darf nicht sein, dass  
218 in der EU zwar die neusten Solarzellen entwickelt, aber nicht hier gebaut  
219 werden. Daher werden wir eine europäische Industrialisierungsoffensive (IPCEI)  
220 für die Solarproduktion auf den Weg bringen. Die gleichen Anstrengungen müssen  
221 wir auch mit Blick auf Wärmepumpen und serielles Sanieren unternehmen.

222 Um die Energie-Abhängigkeit von Russland in schnellem Tempo zu beenden, benötigt  
223 es allerdings auch kurzfristige Maßnahmen zur Diversifizierung. Wir  
224 unterstützen, dass die Bundesregierung unter Hochdruck und in enger Abstimmung  
225 mit unseren europäischen Nachbarn neue LNG-Terminals errichtet. Wichtig ist,  
226 dass hier locked-in-Investitionen verhindert werden und die Terminals daher  
227 wasserstoff-ready sind. Zudem braucht es eine ambitionierte  
228 Erdgasausstiegsstrategie. Wir stellen rechtlich sicher, dass Gasspeicher in  
229 Zukunft immer ausreichend gefüllt sind. Dazu hat der Deutsche Bundestag auf

230 Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums ein Gesetz zur verpflichtenden  
231 Einspeicherung von Gas beschlossen. Zudem muss gewährleistet sein, dass  
232 Kohlekraftwerke als Backup zur Verfügung stehen. Am Kohleausstieg bis 2030  
233 halten wir weiterhin fest. Wir müssen schnellstmöglich raus aus den fossilen  
234 Energieträgern, aber bis wir dort sind, werden wir eine diversifizierte  
235 Versorgung sicherstellen.

236 Auf dem Weg zur globalen Klimaneutralität werden wir diejenigen Länder  
237 unterstützen, für die der Wandel noch härter zu stemmen ist.

### 238 **Klimaneutralität in der Industrie mit Grüner Technologie**

239 Die energieintensive Stahlindustrie verursacht rund 30% der deutschen Industrie-  
240 Emissionen. Zugleich ist sie eine Schlüsselindustrie für unsere Volkswirtschaft  
241 und für funktionierende Wertschöpfungsketten. Nordrhein-Westfalen ist der  
242 wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und Europa.

243 Die deutsche Stahlindustrie ist bereits weltweit führend bei der Entwicklung von  
244 Technologien für eine CO<sub>2</sub>-arme Stahlproduktion. Deutsche Anlagen und Stahlwerke  
245 gehören zu den energieeffizientesten weltweit. Darauf müssen wir aufbauen und  
246 die nächsten Schritte gehen. So wie ein Großteil der Emissionen und des  
247 Energieverbrauchs in der Industrie liegen, können auch dort die größten  
248 Einsparungen realisiert werden. Wir setzen uns für den Erhalt einer  
249 nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Deutschland  
250 und damit vor allem in Nordrhein-Westfalen ein.

251 Wir unterstützen die Stahlindustrie in der anstehenden Transformation und  
252 schaffen klare Rahmenbedingungen auf Bundes- wie auf Landesebene, damit die  
253 Umstellung auf wasserstoffbasierte Verfahren gelingen und klimafreundlicher  
254 Stahl am Standort Deutschland wettbewerbsfähig produziert werden kann. Projekte  
255 wie das von thyssenkrupp steel und der Steag, für das spätestens im kommenden  
256 Jahr die Investitionsentscheidung für eine 520MW-Elektrolyse-Anlage fallen wird,  
257 wären hier wegweisend.

258 Der Bund und die Länder stellen insgesamt mehr als acht Mrd. Euro für die  
259 wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zu Wasserstoff („IPCEI  
260 Wasserstoff“) bereit. Damit sollen bis 2030 rund 12,8 Mio. Tonnen pro Jahr an  
261 CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz,  
262 für die Wettbewerbsfähigkeit und für Arbeitsplätze der Zukunft. Besonders  
263 wichtig sind dabei die Projekte zur Umstellung auf klimaneutrale Produktion von  
264 grünem Stahl auf Basis von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien. Alle in  
265 Deutschland tätigen Stahlunternehmen erhalten Fördermittel aus dem IPCEI. Die  
266 Projekte bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab.

267 Außerdem können im Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“  
268 Investitionen der Stahlindustrie gefördert werden. Zugleich arbeitet die  
269 Bundesregierung an einem deutlichen Ausbau der nationalen Wasserstoff-  
270 Erzeugungskapazitäten und der relevanten Infrastruktur, etwa Pipelines zum  
271 Transport.

272 Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff  
273 absolute Priorität. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und  
274 gezielter Förderung bauen wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff  
275 auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen  
276 Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten. Dabei wollen wir  
277 das Potential für wettbewerbsfähigen Wasserstoff aus Deutschland, der EU und dem

278 europäischen Kontinent maximal nutzen, indem wir die Erneuerbaren sowie die  
279 Elektrolysekapazitäten und innereuropäische Pipelines ambitioniert ausbauen, und  
280 gleichzeitig den Zugang zu grünem Wasserstoff auf dem Weltmarkt erschließen,  
281 u.a. auch durch einen weiteren Ausbau des Programms H2Global und weiterer  
282 Energiepartnerschaften auf Augenhöhe mit Partnerländern in Regionen, in denen  
283 die klimatischen Bedingungen für die Produktion von Wasserstoff auf erneuerbarer  
284 Basis besonders günstig sind.

285 Wie in der Stahlproduktion gibt es auch in anderen Grundstoffindustrien viele  
286 Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Für diese  
287 Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch Klimaneutralität zu  
288 erreichen. Zusätzlich können Wasserstoff und seine Derivate wie Ammoniak – etwa  
289 in Brennstoffzellen – einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.  
290 Aber nur grüner Wasserstoff aus Erneuerbarer Energie bringt einen wirklichen  
291 Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Wind- und  
292 Solarenergie untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings weder  
293 ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom  
294 noch ausreichend Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Wer den  
295 Industriestandort erhalten und umbauen will, muss deshalb die 1000-Meter-  
296 Abstandsregel in Nordrhein-Westfalen und die 10H-Regel in Bayern hinter sich  
297 lassen – und den Ausbau aller Erneuerbaren überall offensiv voran treiben.

298 Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher  
299 setzen wir uns im Sinne der Energieeffizienz dafür ein, dass er vorrangig dort  
300 zum Einsatz kommt, wo die CO<sub>2</sub>-Einsparung am größten ist oder es keine  
301 technologischen oder wirtschaftlichen Alternativen gibt. Das ist neben der  
302 Industrie – insbesondere der Chemie-, Stahl- und Zementindustrie – vor allem der  
303 Flug- und Schiffsverkehr. Die nationale Wasserstoffstrategie überarbeiten wir  
304 entsprechend.

### 305 **Transformation zur Kreislaufwirtschaft auch in der Chemieindustrie**

306 Die chemische Industrie stellt einen großen Anteil an der Wertschöpfung in  
307 Deutschland und hat eine lange Tradition. Sie schafft sichere Arbeit für rund  
308 500.000 Menschen; allein in Nordrhein-Westfalen sind es fast 100.000  
309 Beschäftigte. Zudem hängen eine Vielzahl weiterer Branchen und  
310 Produktionsbereiche mit der chemischen Industrie zusammen, da sie für viele  
311 Prozesse benötigte Stoffe herstellt. Um die Chemieindustrie auf dem 1,5-Grad-  
312 Pfad zu unterstützen, gehen wir die zentralen Herausforderungen beherzt an.

313 Neben der sicheren Versorgung mit Erneuerbarer Energie wollen wir eine  
314 Kreislaufwirtschaft etablieren, die u.a. auf eine massive Ausweitung des  
315 Recyclings setzt. Unser Ziel ist eine Chemie ohne Abfälle mit weitgehend  
316 geschlossenen Stoffkreisläufen, um die deutsche Industrie auch unabhängiger von  
317 Rohstoffimporten zu machen. Hierzu passen wir den bestehenden rechtlichen Rahmen  
318 an, definieren klare Ziele und überprüfen abfallrechtliche Vorgaben und  
319 Sammelmöglichkeiten. In einer „Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie“ bündeln  
320 wir bestehende rohstoffpolitische Strategien, entwickeln diese weiter und  
321 unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission für ökologische  
322 Produktstandards (Ökodesign-Richtlinie) sowie einheitliche  
323 Nachhaltigkeitsstandards. Anforderungen an Produkte müssen europaweit  
324 ambitioniert und einheitlich festgelegt werden. Produkte dürfen keine umwelt-  
325 und gesundheitsschädlichen Substanzen enthalten und müssen langlebig und  
326 wiederverwendbar, recycelbar und möglichst reparierbar sein. Wir unterstützen

327 die Einführung eines digitalen Produktpasses, um Informationen über die Produkte  
328 leicht und überall verfügbar zu machen.

329 Wir streben darüber hinaus Quoten und Benchmarks für Rohstoffe aus  
330 Recyclingprozessen sowie den Energieverbrauch für bestimmte Prozesse an. Diese  
331 müssen durch Maßnahmen für Importprodukte flankiert werden. Es ist entscheidend,  
332 dass Maßnahmen wie etwa Quoten zu einer Schaffung von funktionierenden Märkten  
333 für recycelte (kritische) Rohstoffe führen. Diese dürfen nicht in Konkurrenz zu  
334 primären Rohstoffmärkten stehen.

### 335 **Klima- und sozialgerechter Strukturwandel in den Kohleregionen**

336 Durch den beschlossenen Ausstiegspfad aus der Kohle bis 2030 und das absehbare  
337 Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier, in den  
338 Kohleregionen Ostdeutschlands und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke  
339 in vollem Gang. Wir wollen, dass er auch klima- und sozialgerecht gestaltet  
340 wird. So schaffen wir neuen Wohlstand, bieten Sicherheit und erhalten  
341 Lebensqualität. Wir begreifen die Gestaltung des Wandels als  
342 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um Regionen und insbesondere die dort  
343 ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir daher  
344 regionale Transformationscluster auflegen.

345 Auch die Beschäftigten wollen wir auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen  
346 Wirtschaftssystem in den Strukturwandelregionen unterstützen, vor allem, wenn  
347 sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze bedroht sind. Die  
348 Beschäftigten etwa in der Kohleindustrie haben unglaublich viel geleistet.  
349 Niemand von ihnen wird ins Bergfreie fallen. Deswegen braucht es in der  
350 ökologischen Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und  
351 Qualifizierung. Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Menschen durch  
352 den Strukturwandel begleiten und so auch dem Fachkräftemangel in vielen  
353 Bereichen begegnen, denn wir brauchen tatkräftige und qualifizierte Menschen für  
354 die ökologische Transformation.

355 Der Weiterbildung kommt im Transformationsprozess eine Schlüsselrolle zu.  
356 Deswegen hat sich die Ampel das ambitionierteste Weiterbildungsprogramm aller  
357 bisherigen Bundesregierungen aufgelegt. Diejenigen, die neue Perspektiven oder  
358 Qualifizierung benötigen, unterstützen wir mit dem neuen, an das  
359 Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld. Damit können Unternehmen im  
360 Strukturwandel unterstützt, ihre Beschäftigten durch Qualifizierung im Betrieb  
361 gehalten und Fachkräfte gesichert werden.

362 Auch wollen wir vor Ort mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft und  
363 Räume für den gesellschaftlichen Austausch schaffen. Denn der  
364 Strukturwandelprozess muss breit getragen und von den Menschen vor Ort  
365 gemeinsam gestaltet werden können.



## Beschluss

Delegierte zum Rat der EGP

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 30.04.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Gremien

### Antragstext

1 Zum Rat (Council) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen. Wir schlagen dem Länderrat vor,  
3 folgende Personen zu delegieren.

4 Zum Verfahren: Die vorgeschlagenen Personen wurden jeweils aus den  
5 entsprechenden Gremien und Organen nominiert. Eine Vorstellung der benannten  
6 Personen findet nicht statt. Der Länderrat bestätigt die Vorschläge – wie auch  
7 in den vergangenen Jahren – in einer öffentlichen Abstimmung über den Antrag.

8 **Zwei Delegierte des Bundesvorstands:**

9 Pegah Edalatian und Emily Büning

10 **Vier Ersatzdelegierte des Bundesvorstandes:**

11 Omid Nouripour, Ricarda Lang, Heiko Knopf und Marc Urbatsch

12 **Eine Delegierte der BAG Europa:**

13 Andie Wörle

14 **Drei Ersatzdelegierte der BAG Europa:**

15 Leonie Völker, Begüm Langefeld und Jochen Detscher

16 **Eine Delegierte der Grünen Jugend:**

17 Julius Nebel

18 **Eine Ersatzdelegierte der Grünen Jugend:**

19 Solveig Albrecht

20 **Eine Delegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:**

21 Terry Reintke

22 **Drei Ersatzdelegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:**

23 Michael Bloss, Anna Cavazzini, Daniel Freund und Pierrette Herzberger-Fofana

24 **Eine Delegierte der Bundestagsfraktion:**

25 Anton Hofreiter

26 **Vier Ersatzdelegierte der Bundestagsfraktion:** Chantal Kopf, Sabine Grützmaker,

27 Jürgen Trittin und Robin Wagener